



Prof. Dr. Heidi Sinning

Partizipation in der sozialen Stadtteilentwicklung

Daueraufgabe für öffentliche Hand und Wohnungswirtschaft



Partizipation in benachteiligten Quartieren war von Anfang an ein fester Bestandteil des Programms Soziale Stadt und hat sich seitdem kontinuierlich weiterentwickelt. Insbesondere bei einem wachsenden Armutsrisiko besteht für Quartiere mit einem hohen Anteil an einkommensschwachen Haushalten die Gefahr, dass sie weiter sozial segregieren. Die massiven Kürzungen im Programm Soziale Stadt verstärken dieses Risiko. Durch Partizipation können Bewohner jedoch an der Verbesserung ihres Lebensumfeldes mitwirken. Der Beitrag zeigt die Bedeutung von Partizipation auf und benennt Herausforderungen für die soziale Stadt(teil)entwicklung. Dabei wird insbesondere auch auf das veränderte Selbstverständnis der (kommunalen) Wohnungswirtschaft eingegangen.

Bürgerbeteiligung gehört in Städten und Gemeinden wieder zu den Top-Themen. Stuttgart 21 und andere Projekte, wie etwa der Ausbau des Frankfurter Flughafens, neue Stromtrassen in vielen Regionen u. Ä. m., haben für Aufmerksamkeit gesorgt. Bürger wollen gehört werden und Einfluss auf Planung, Entwicklungen und Genehmigung von kostenintensiven Bauvorhaben nehmen. Dies unterstreichen Untersuchungen des WZB (vgl. Rucht 2010) und der Bertelsmann Stiftung (2011). Rucht (2010) betont, dass die bestehenden Möglichkeiten politischer Beteiligungsmöglichkeiten in erheblichem Umfang wahrgenommen werden und dass große Teile der Bürgerschaft eine Erweiterung wünschen.

Bewohnerinnen und Bewohner sind nicht nur bereit, sich an öffentlichen Planungs- und Entwicklungsprozessen zu beteiligen, sondern Bürgerbeteiligung ist inzwischen auch in öffentlichen Programmen vielfach fest verankert. So heißt es beispielsweise in der Nationalen Stadtentwicklungspolitik (BMVBS 2008b): „Weder Staat und Politik noch Wirtschaft können anstehende gesellschaftliche und urbane Veränderungsprozesse in den Städten allein bewältigen. Eine entscheidende Voraussetzung für eine gerechte, sozial integrierende Stadtgesellschaft ist, dass sich Bürgerinnen und Bürger in ihren Städten wiederfinden.“ Anders als bei Infrastruktur-Großprojekten haben sich im Rahmen der integrierten Stadtteilentwicklung seit Jahren Qualitäten und Verfahrensweisen der Bürgerbeteiligung etabliert. Professionelle Strukturen und die Erfahrung, dass die Einübung demokratischer Verfahren und bürgerschaftlicher Teilhabe nie beendet ist, sondern eine kontinuierliche Aufgabe darstellt, sind Kennzeichen dafür. Voraussetzungen sind eine ausreichende finanzielle Ausstattung, genügend Zeit, hohes Engagement von vielen Akteuren und

parteilich übergreifende Unterstützung. Nur so kann es gelingen, im Quartier langfristig bedarfsorientierte Strukturen und hohe Lebensqualität mit stabilen Nachbarschaften, guter Infrastruktur sowie gesunden und sicheren Wohnverhältnissen zu erreichen und weiterzuentwickeln.

In Bezug auf gegenwärtige soziale Fragen sollten für Städte Lösungen gefunden werden, um dem wachsenden Auseinanderdriften der Stadtgesellschaften und dem zunehmenden Armutsrisiko entgegenzuwirken. Partizipation kann dabei dazu beitragen, wenn sie die Stärkung sozialer Netzwerke, die Integration des Einzelnen in die Gemeinschaft, Teilhabe, stetige Lernprozesse und die kritische Reflexion der eigenen Lebenssituation einschließt, wie dies mit dem Programm Soziale Stadt vorgesehen ist.

Partizipation im Programm Soziale Stadt

Seit Einführung des Städtebauförderungsprogramms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt“ 1999, das 2012 in „Programm Soziale Stadt – Investitionen im Quartier“ umbenannt wurde, spielen Partizipation, Teilhabe und Engagement von Bewohnerinnen und Bewohnern eine zentrale Rolle. Ziel des Programms ist, die Lebensbedingungen in benachteiligten Stadtteilen umfassend zu verbessern. Um die Lebensqualität in den Quartieren steigern zu können, stellt sich dabei insbesondere die Anforderung, die spezifischen Interessen und Bedarfe der verschiedenen Bevölkerungsgruppen, von Familien mit Kindern über Ältere und Migranten bis hin zu Jugendlichen, adäquat zu berücksichtigen. Die langjährigen Erfahrungen in der Quartiersentwicklung zeigen, dass deshalb im Rahmen der Partizipation eine differenzierte Vor-



gehensweise erforderlich ist, die eine zielgruppenspezifische Ansprache und entsprechende Verfahren und Methoden umfasst. Gleichzeitig stellen sich besondere Anforderungen, wie mit widerstreitenden Interessen umzugehen ist und wie sich die Ergebnisse in den kommunalpolitischen Prozess einbinden lassen (vgl. u.a. BMVBS 2008a; Kast 2006).

Das Programm Soziale Stadt wurde zuletzt finanziell sehr stark beschnitten (vgl. Tab. 1). Gleichzeitig sind Fördermittel nur noch für städtebauliche, nicht mehr für nichtbauliche Maßnahmen verfügbar. Der Bund hat sich damit de facto aus der Förderung von Partizipation und Quartiersmanagement zurückgezogen, so dass die angestrebten Ziele nur noch eingeschränkt verfolgt werden können. Die Einschnitte sollen zwar durch andere Fördermittel von EU, Bund, Ländern und Kommunen kompensiert werden, doch diese Erwartung dürfte angesichts knapper öffentlicher Mittel und der Verkomplizierung der Verfahren kaum zu erfüllen sein. In vielen Quartieren sind deutliche Verschlechterungen, auch gerade im Bereich von Partizipation und zielgruppenspezifischen Beteiligungsansätzen, zu erwarten. Die Quartiere benötigen „Kümmerer“ für die Kommunikation mit den Bewohnern, etwa Quartiersmanager, Nachbarschaftshelfer oder Sozialmanager, für deren Finanzierung nicht mehr ausreichend gesorgt ist. Dass Partizipation aber integraler Bestandteil der Städtebauförderung sein muss, unterstreicht die entsprechende Verwaltungsverordnung, in der u.a. folgende Ziele genannt werden (BMVBS 2012, VV Städtebauförderung Absatz 5):

- „Verbesserung kinder-, familien- und altengerechter bzw. weiterer sozialer Infrastrukturen, um die Nutzungsvielfalt im Stadtteil zu erhöhen und den Zusammenhalt zu stärken;
- Verbesserung der Integration benachteiligter Bevölkerungsgruppen und von Menschen mit Migrationshintergrund;
- Koordinierung der Vorbereitung, Planung und Umsetzung der Maßnahmen im Gebiet sowie Beteiligung und Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger und Mobilisierung ehrenamtlichen Engagements, Erarbeitung und Fortschreibung des integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzepts.“

Die Soziale Stadt hat gezeigt, dass es für die Frage, wie die Bewohner von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf beteiligt, zur Teilhabe motiviert und zur Übernahme von Engagement und Verantwortung für ihr eigenes Lebensumfeld mobilisiert werden können, erforderlich ist, die spezifische(n) Lebenssituation(en) zu kennen. Das Lebensumfeld ist in diesen Stadtteilen häufig von sozialer Segregation geprägt, also der Entmischung entlang sozialstruktureller Merkmale, wie Einkommen und Armut, Bildungsstatus oder beruflicher Stellung und Arbeitslosigkeit. Bewohner dieser Gebiete werden häufig in mehrfacher Weise ausgegrenzt:

- „in ökonomischer Hinsicht, da ihnen der Zugang zum ersten Arbeitsmarkt häufig dauerhaft verwehrt ist;
- in kultureller Hinsicht, weil der Stadtteil stigmatisiert wird;

- in sozialer Hinsicht, aufgrund der Abkoppelung von der gesellschaftlichen Mehrheit und sozialer Isolation und
- in politischer Hinsicht, weil aufgrund der sehr geringen Wahlbeteiligung und der geringen politischen Selbstorganisation diese Stadtteile nur unzureichend in der kommunalpolitischen Diskussion wahrgenommen werden“ (Bogumil/Holzcamp 2004, S. 9).

Entwicklung des Bundesanteils Programm Soziale Stadt/Investitionen im Quartier 1999 bis 2012

Jahr	Bundesanteil Programm Soziale Stadt/Investitionen im Quartier (in Mio. Euro)	davon für Modellvorhaben einsetzbar (in Mio. Euro)
1999	51,1	
2000	51,1	
2001	76,7	
2002	76,7	
2003	80,0	
2004	72,5	
2005	71,4	
2006	110,4	40,0
2007	105,0	35,0
2008	90,0	20,0
2009	105,0	27,5
2010	94,9	44,9
2011	28,5	
2012	40,0	

Tab. 1: Entwicklung des Bundesanteils Programm Soziale Stadt/Investitionen im Quartier 1999 bis 2012 (Quelle: BBSR; Grundlage: Verwaltungsvereinbarungen zur Städtebauförderung der Jahre 1999 bis 2012)

Veränderungen des Wohnungsmarktes, z.B. steigende Mietkosten, verstärken die unterschiedliche Konzentration von Bevölkerungsgruppen in den Wohngebieten. Während besser verdienende Bewohner aber ihren Wohnstandort weitgehend frei entscheiden können, haben einkommensschwache Haushalte kaum Wahlmöglichkeiten. Ihre Lebenssituation zu verbessern und stadtentwicklungspolitisch einer „sozialen Entmischung“ von Gebieten entgegenzuwirken, gilt deshalb als eine vorrangige Aufgabe, die im Rahmen des Programms Soziale Stadt seit 1999 aufgegriffen worden ist. Die Umsetzung des Programms hat gezeigt, dass dabei der Bürgerbeteiligung und dem bürgerschaftlichem Engagement eine besondere Bedeutung zukommt.

Bedeutung von Partizipation

Generell liegen der Partizipation in der sozialen Stadt(teil)-entwicklung ähnliche Motive zugrunde wie in anderen Handlungsfeldern: mehr Informations- und Mitbestimmungsrechte schaffen, Eigenengagement der Betroffenen mobilisieren, zu eigenem Handeln und zur Übernahme von Verantwortung anregen, die Qualität von Planungen und Projekten steigern, Frühwarnsystem und Akzeptanz erhöhen, zwischen wider-



streitenden Interessen vermitteln und Konflikte bewältigen bzw. vermeiden, Blockaden und Verzögerungen in Verfahren vermeiden und Identifikation mit dem Stadtteil und dem jeweiligen Projekt stiften (Bischoff/Selle/Sinning 2005).

Im Rahmen des Programms Soziale Stadt konnten in den vergangenen Jahren mit Hilfe der Bürgerbeteiligung vor allem in den folgenden Bereichen positive Effekte erzielt werden:

Zusammenleben der Bewohner, Quartiersimage und Identifikation mit dem Quartier verbessern

Im Statusbericht 2008 zum Programm Soziale Stadt heißt es: „Auch die Qualität des Zusammenlebens konnte in vielen Gebieten – oftmals in Verbindung mit einem aufgewerteten Quartiersimage – verbessert werden. Erweiterte Beteiligungsmöglichkeiten und wachsende Eigeninitiative von Bewohnerschaft und anderen zentralen Akteuren sind weitere Erfolge des Programms“ (BMVBS 2008a, S. 73). Häußermann (2006, S. 295) bestärkt dies: „Die allgemeine Stimmungslage im Gebiet und die Identifizierung der Bewohner mit der Quartiersentwicklung kann durch das Programm Soziale Stadt positiv beeinflusst werden.“

Anstoß- und Ausbaueffekte für Bürgerbeteiligung

Die Arbeit in Stadtgebieten zur Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität bietet in allen Schwerpunktbereichen der „Sozialen Stadt“ Anknüpfungen für die Mitwirkung der Bewohner. Damit trägt das Programm entscheidend dazu bei, dass es in den Quartieren zu mehr Partizipation und Bürgerengagement kommt. Die Ergebnisse der Befragung in den Programmgebieten der Sozialen Stadt 2005/2006 zeigen zudem Veränderungen und Entwicklungen in den Quartieren. Aus Sicht der kommunalen Ansprechpartner, die mit dem Programm in Verbindung standen, haben sich die Beteiligungsmöglichkeiten deutlich verbessert und die Eigeninitiative der Bewohner wurde gestärkt (vgl. BMVBS 2008a, S. 73).

Vernetzung und Ressourcen gesellschaftlicher Akteure für Partizipation nutzen

Eine integrierte Stadt(teil)entwicklung bezieht alle relevanten Akteure ein und nutzt ihre Potenziale und Synergien untereinander. Wohnungsunternehmen, Wohlfahrtsverbände, Kirchen, Schulen etc. können wichtige Beiträge leisten, wenn es darum geht, die Mitwirkung der Bewohner bei der Quartiersentwicklung zu verbessern. So ist Sozialmanagement inzwischen ein fester Bestandteil einer sozialraumorientierten Bestandsentwicklung bei vielen Wohnungsunternehmen. Hier wird ein Wandel des Selbstverständnisses deutlich: Wohnungsunternehmen erkennen ihre Mitverantwortung und verstehen sich als Kümmerner nicht nur für die eigenen Wohnungsbestände, sondern zunehmend auch für das gesamte Quartier. Dies gilt vor allem für die kommunalen Wohnungsunternehmen und für Wohnungs(bau)genossenschaften. Auch Kirchen und Wohlfahrtsverbände beziehen Bewohner in ihre Arbeit mit ein. Um den Vernetzungsgedanken zu verstärken, lotet

beispielsweise das Projekt „Kirche findet Stadt“ bundesweit Möglichkeiten neuer Ansätze der Zusammenarbeit der Kirchen und ihrer Wohlfahrtsorganisationen in themen- und sektorübergreifenden lokalen Entwicklungspartnerschaften aus.¹

Der Statusbericht 2008 zum Programm Soziale Stadt bestätigt, dass sich Freie Träger, Schulen und Wohnungsunternehmen zunehmend in der Quartiersentwicklung engagieren. Darüber hinaus werden „(...) Weiterentwicklungen vor allem bei den Stadtteilbüros (Bedeutungszunahme als Initiatoren für Aktivierung und Beteiligung) und Netzwerken in den Programmgebieten (Intensivierung der Zusammenarbeit zugunsten des Stadtteils) konstatiert. Im Bereich Aktivierungsmaßnahmen und Beteiligungsangebote werden ebenso Verbesserungen festgestellt“ (BMVBS 2008a, 80f.).



Abb. 1: Identifikation mit dem Stadtquartier (Foto: Annick Rietz)

Eigeninitiative und Selbstorganisation der Mieter durch die Wohnungswirtschaft stärken

Wohnungsunternehmen haben eine zentrale Funktion, wenn es darum geht, die Eigeninitiative und die Selbstorganisation der Bewohner bzw. ihrer Mieter im Rahmen der sozialen Stadt(teil)entwicklung zu stärken. Eine zukunftsfähige Wohnungswirtschaft verfolgt deshalb das Leitbild einer am Gemeinwesen orientierten Nachbarschaft (vgl. Beetz 2008). Beispiele dafür sind von Wohnungsunternehmen (mit)getragene Quartiersmanagements (z.B. GEWOBAG Berlin), von ihnen finanzierte Sozialmanager (z.B. KoWo Erfurt) und Nachbarschaftshelfer (z.B. GWG Kassel); Wohnungsunternehmen unterstützen die Netzwerkbildung (z.B. WBG Zukunft) und das Management solcher Netzwerke (vgl. Röber/Sinning 2010). Die Liste derartiger Aktivitäten der Wohnungswirtschaft für die Quartiersentwicklung ließe sich weiter fortsetzen.

Herausforderungen und Weiterentwicklungsbedarf

Einer der Gründe, warum Aktivierung und Beteiligung in den Programm-Gebieten Soziale Stadt ein so hoher Stellen-

¹ Siehe auch Beitrag von Petra Potz in diesem Heft.

wert beigemessen wird, ist, dass „(...) in vielen benachteiligten Stadtteilen beobachtet werden kann, dass sich die lokale Bevölkerung kaum mehr am politischen Leben beteiligt, sich seltener als in anderen Stadtteilen mit ihrem Quartier identifiziert, weniger stark in sozialen Netzwerken organisiert ist, und es dadurch seltener zu einem sozialen Miteinander kommt“ (BMVBS 2008a, S. 21). Vor dem Hintergrund dieser hohen Bedeutung von Partizipation sollen im Folgenden Herausforderungen diskutiert werden, die sich für die Weiterentwicklung der Bürgerbeteiligung in der „Sozialen Stadt“ stellen.

Mit Zuwanderern, Alleinerziehenden, Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern zusammenarbeiten

Eine besondere Herausforderung stellt die Beteiligung und Aktivierung einzelner Bewohnergruppen dar, die sich wenig in die Stadt(teil)entwicklung einbringen. „Kinder und – etwas eingeschränkter – Jugendliche, Personen mit Multiplikatorenfunktion sowie Hauseigentümer (werden) in der Regel gut erreicht, während dies allerdings für Geschäftsleute, Zuwanderer, Alleinerziehende, Arbeitslose und Personen mit Sozialhilfebezug oftmals (noch immer) nicht der Fall ist“ (BMVBS 2008a, S. 22; vgl. Difu 2006, S. 97). Ob Teilhabemöglichkeiten wahrgenommen und genutzt werden, hängt unter anderem vom Bildungsniveau und der Milieuzugehörigkeit ab. Untersuchungen des vhw zu Milieus unterstreichen dies. Distanziert gegenüber der Beteiligung an Entscheidungsprozessen äußern sich vor allem „Prekäre“ und „Traditionelle“, die statusniedrigere, wenig gebildete Milieus darstellen (vgl. Beck/Gutknecht 2011, S. 309, und Abb. 1).

Zwischenevaluationen einzelner Bundesländer zur sozialen Stadt(teil)entwicklung bestätigen diese Tendenz. Gründe dafür werden außerdem beispielsweise in Defiziten der Quartiersarbeit gesehen, etwa im Bereich aufsuchender Arbeit, bei der Identifizierung von spezifischen Bedürfnissen und Problemlagen einzelner Bevölkerungsgruppen und bei Sprachbarrieren (vgl. u.a. Müller-Zick/Schreiber 2005, S. 92; Polkowski 2005, S. 100). Wesentlich ist auch die Frage, was diese Bevölkerungsgruppen daran hindert, sich zu beteiligen. Beispielsweise sind unklare Spielregeln für Einwanderer Hemmnisse, sich in Quartiersräten zu beteiligen, ebenso der Eindruck vorhandener „Cliquesbildung“ und Sprachschwierigkeiten. Eine weitere Herausforderung besteht darin, sich verstärkt um die Integration bislang wenig oder gar nicht erreichter Bevölkerungsgruppen zu bemühen, Beteiligungskonzepte noch deutlicher milieu- und generationenübergreifend anzulegen sowie zielgruppenspezifische Angebote auszubauen, um Partizipation an der Stadtteilentwicklung zu verbessern.

Mit Partizipation gemischte Quartiere fördern

Angesichts der Tatsache, dass die Stadtgesellschaft zunehmend auseinanderdriftet und sich ökonomisch spaltet, hat die Suche nach Strategien und Konzepten für gemischte Quartiere zusätzlich an Stellenwert gewonnen. In vielen deutschen Städten und in der Wohnungswirtschaft wird nach wie vor überwie-

gend das „Mischungsideal“ als Leitbild der Stadtentwicklung gesehen. Diesem stehen allerdings die Marktkräfte zumeist diametral entgegen, die – gerade in prosperierenden Städten und Stadtregionen – Prozesse der Gentrifizierung und Segregation vehement vorantreiben (vgl. Harlander/Kuhn 2012).

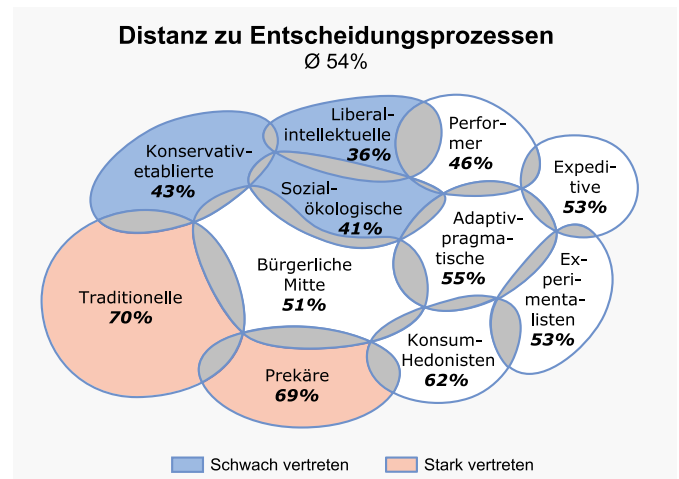


Abb. 2: Distanz zu Entscheidungsprozessen (Quelle: vhw Trendstudie 2010, aus: Forum Wohnen und Stadtentwicklung, vhw-Fachzeitschrift, Nr. 6/2011, S. 309)

Für eine soziale Durchmischung von Gebäuden, Wohnblöcken und Quartieren ist deshalb ein „konsequentes, partizipatorisch eingebundenes Quartiers- und Sozialmanagement entscheidend. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass ‚Mischung‘ in der Regel umso mehr Fingerspitzengefühl, Einsatz und Bereitschaft zur aktiven Beteiligung der Bewohner auf Seiten der Projektentwicklung erfordert, je feinkörniger und kleinteiliger sie konzipiert wird“ (ebd., S. 428). Neben der erforderlichen Sensibilität für die Bedürfnisse der verschiedenen Bevölkerungsgruppen kann Partizipation im Hinblick auf die Durchmischung gleichzeitig auch dazu beitragen, dass sich die Bewohner organisieren und ihre Interessen – z.B. nach bezahlbarem Wohnraum – besser und wirkmächtiger vertreten können.

Strukturen und erfolgreiche Strategien der Partizipation verstetigen

Sollen Netzwerke, Kooperations- und Partizipationsstrukturen im Quartier längerfristig aufrechterhalten werden, ist ein „Mindestmaß an professioneller Koordination und Moderation erforderlich“ (Sauter/Ruiz 2007, S. 3). Vermittelnde Instanzen, beispielsweise Quartiersmanagement und Sozialmanagement, haben sich bewährt und sind verlässliche Anlauf- und Koordinationsstellen vor Ort, die Kommunikation und Kooperation zwischen Verwaltung und Quartiersbewohnern organisieren. Damit sie diese Arbeit dauerhaft und erfolgreich durchführen können, ist eine Abhängigkeit von zeitlich befristeten (Sonder-)Förderungen nicht zielführend. Vielmehr stellt sich die Frage, welche anderen Lösungswege für eine Verstetigung der erfolgreich aufgebauten Partizipations- und Vermittlungsstrukturen denkbar sind. Eine mögliche Antwort könnte sein,



dass die jeweiligen Wohnungsunternehmen mehr Verantwortung übernehmen. Allerdings sollte dabei nicht vergessen werden, dass Quartiersmanagement Reformansätze einer (Sozial-)Raumorientierung von Verwaltungen verfolgt und somit in erster Linie eine öffentliche Aufgabe ist, zu der sich Bund, Land und Kommunen auf Dauer verantwortlich zeigen sollten (vgl. Franke 2011a; Franke 2011b; Kessl 2005).

Einer Verstetigung bedürfen außerdem die Quartierbudgets und -fonds, die mit Partizipationsprozessen Hand in Hand gehen. Sie stellen ein seit Jahren erfolgreiches Modell dar, um Bewohner in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf zu Engagement und Teilhabe an ihrem Lebensumfeld zu motivieren, ihre Mitwirkung und Selbstverantwortung konkret zu unterstützen sowie sie in ihrer Entscheidungskompetenz und in ihrem Engagement wertzuschätzen (vgl. BMVBS 2011).²



Abb. 3: Vorher – nachher: Mit Partizipation gemischte Quartiere fördern (Foto: Annick Rietz)

Beteiligungsverständnis und Beteiligungskultur weiter ausbauen

Wie aus den Ergebnissen einer Umfrage zu aktuellen Formen der Bürgerbeteiligung des Difu (Landua et al. 2013, S. 25) hervorgeht, werden zwar Beteiligungsangebote innerhalb einer großen Breite von kommunalen Arbeitsfeldern sowie im Rahmen von formellen und informellen Verfahren praktiziert, jedoch sind Verfahren zur Mitentscheidung eher selten vorzufinden. Das Difu weist darauf hin, dass die „Befunde (...) im Sinne eines eng gefassten Beteiligungsverständnisses gedeutet werden (können), in dessen Rahmen sich Bürgerinnen und Bürger im Zusammenspiel mit der Stadtverwaltung und anderen kommunalen Akteuren nicht immer ‚auf Augenhöhe‘ befinden“. Dies unterstreicht die Anforderung, die lokale Beteiligungs- und Anerkennungskultur weiter auszubauen. Gemeint ist ein partnerschaftliches Verhältnis zwischen Verwaltung, Politik und Bürgerschaft, bei dem das Engagement der Bürger eine angemessene Wertschätzung erfährt. Dazu ist nicht zuletzt auch ein verändertes Rollenverständnis von Politik und Verwaltung nötig.

² Siehe auch Beitrag von Roland Roth in diesem Heft.

Ausblick

Zweifelsohne haben das Programm Soziale Stadt und die zahlreichen Ansätze der Partizipation im Rahmen der integrierten Stadtteilentwicklung in den vergangenen Jahren vielfältige positive Wirkungen gezeigt. Die beschriebenen Herausforderungen verweisen aber auf wichtige Aspekte, für die weiterreichender Handlungsbedarf besteht, um die Qualität der Quartiersentwicklung verbessern und verstetigen zu können. Neben diesen fachlichen Aspekten soll aber an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich unterstrichen werden, dass für erfolgreiche Partizipation im Rahmen sozialer Stadtteilentwicklung finanzielle Mittel erforderlich sind. Die Kürzungen des Programms Soziale Stadt auf Bundesebene und die Einengung der Förderung auf investive Maßnahmen stehen vor diesem Hintergrund im deutlichen Widerspruch zu den Erkenntnissen des Fachdiskurses und sind folglich nicht akzeptabel.

Abschließend sei auf ein weiteres Defizit hingewiesen, das sich im Bereich von Partizipation und Sozialer Stadt zeigt: Weder auf Bundes- noch auf vielen Länderebenen wird eine kontinuierliche Evaluation der in den Städten und Quartieren vorliegenden Erfahrungen durchgeführt. Vereinzelt haben Kommunen zwar Systeme eines Stadtentwicklungs-Monitorings aufgebaut, die jedoch stärkerer Unterstützung und Vereinheitlichung bedürfen. Dies würde unter anderem auch eine empirische Basis für weitergehende wissenschaftliche Auswertungen bieten und so Lernprozesse in der sozialen Stadtteilentwicklung unterstützen. Das diesbezügliche Potenzial von Wissenschaft und Forschung ist längst noch nicht ausgereizt (vgl. u.a. BMVBS 2008a, S. 73ff.).

Prof. Dr. Heidi Sinning

Professorin für Stadtplanung und Kommunikation und Leiterin des ISP – Institut für Stadtforschung, Planung und Kommunikation der FH Erfurt

Quellen

- Beck, Sebastian/Gutknecht, Stefanie (2011): Talkshow statt Teilhabe? Ein lebensweltlicher Blick auf die Kommunikationsstruktur in der Stadtgesellschaft, in: Forum Wohnen und Stadtentwicklung, Zeitschrift des vhw, H. 6, S. 309-313
- Bertelsmann Stiftung (Hg.) (2011): Bürger fordern direkte Beteiligung. Umfrage bestätigt Wunsch nach Volks- und Bürgerentscheiden, Pressemeldung vom 13.06.2011, Gütersloh
- Bischoff, Ariane/Selle, Klaus/Sinning, Heidi (2005): Informieren, Beteiligen, Kooperieren. Kommunikation in Planungsprozessen. Eine Übersicht zu Formen, Verfahren und Methoden, 4. überarbeitete und erweiterte Neuauflage, Dortmund
- BMVBS (Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung; Hg.) (2012): Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung 2012, über die Gewährung von Finanzhilfen des Bundes nach Artikel 104 b des Grundgesetzes zur Förderung städtebaulicher Maßnahmen (VV Städtebauförderung 2012) vom 16.12.2011/ 04.04.2012
- BMVBS (Hg.) (2008a): Statusbericht 2008 zum Programm Soziale Stadt, Berlin.
- BMVBS (Hg.) (2008b): Nationale Stadtentwicklungspolitik. Schwerpunktthemen, http://www.nationalestadtentwicklungspolitik.de/nn_251562/DE/NationaleStadtentwicklungspolitik/Schwerpunktthemen/schwerpunktthemen__node.html?nnn=true (Zugriff am 25.01.2013)



Bogumil, Jörg/Holtkamp, Lars (2004): Local Governance und gesellschaftliche Integration, in: Schimank, Uwe/Lange, Stefan (Hrsg.): Governance und gesellschaftliche Integration, Wiesbaden, S. 147-168

Difu (Deutsches Institut für Urbanistik), Projektgruppe „Soziale Stadt“ (Hg./Bundesministerium für Verkehr Bau und Stadtentwicklung (Hg.) (2011): Kurzexpertise Verfügungsfonds. Ergebnisse einer Befragung der Ansprechpartner „Soziale Stadt“ in den Bundesländern, Berlin

Difu (Deutsches Institut für Urbanistik) im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS), vertreten durch das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR; Hg.) (2006): Dritte bundesweite Befragung Programmgebiete „Soziale Stadt“. Endbericht zur Auswertung. Berlin (verfügbar unter: <http://www.sozialestadt.de/veroeffentlichungen>)

Franke, Thomas (Hg.) (2011a): Auswirkungen der Kürzungen im Programm Soziale Stadt aus der Perspektive ausgewählter Länder und Kommunen, in: Forum Wohnen und Stadtentwicklung, H. 6, S. 315-320

Franke, Thomas (Hg.) (2011b): Raumorientiertes Verwaltungshandeln und integrierte Quartiersentwicklung. Doppelter Gebietsbezug zwischen „Behälterräumen“ und „Alltagsorten“, Wiesbaden

Häußermann, Hartmut (2006): Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Die soziale Stadt, in: Selle, Klaus (Hg.), Planung neu denken. Praxis der Stadt- und Regionalentwicklung, Bd. 2, S. 285-301

Harlander, Tilman/Kuhn, Gerd (2012): Deutschland – „Mischung“ in kommunaler Praxis und Wohnungswirtschaft, in: Harlander, Tilman/Kuhn, Gerd (Hg.), Soziale Mischung in der Stadt – Case Studies – Wohnungspolitik in Europa – Historische Analyse, S. 420-430, Stuttgart

Kast, Alexandra (2006): Gesellschaftliche Teilhabe sichern. Partizipation von Migrantinnen und Migranten in der „Sozialen Stadt“ Berlin, Berlin

Landua, Detlef/Beckmann, Klaus J./Bock, Stephanie/Reimann, Bettina (2013): Auf dem Weg, nicht am Ziel. Aktuelle Formen der Bürgerbeteiligung – Ergebnisse einer Kommunalbefragung, Difu-Paper, Berlin

Müller-Zick, Klaus/Schreiber, Karsten (2005): Zwischenevaluierung des Programms „Stadt-Vision-Saar“: Soziale Stadt im Saarland. In: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hg.): Die soziale Stadt – Ein Programm wird evaluiert. Informationen zur Rasen- und Raumordnung (Hg.): Die soziale Stadt – Ein Programm wird evaluiert. Informationen zur Raumentwicklung. H. 2/3. S. 95–101

Rucht, Dieter (2010): Engagement im Wandel. Politische Partizipation in Deutschland, in: WZBrief Zivilengagement, H. 01 | Mai 2010, S. 1-7

Röber, M./Sinning, H. (2010): Nachfrageorientierte Bestandsentwicklung in der Wohnungswirtschaft, in: Röber, M./Sinning, H. (Hg.): Wohnen im Bestand: Nachfrageorientierung als Perspektive. Anforderungen, Konzepte und Good Practices für Wohnungswirtschaft und Stadtentwicklung, S. 9-28, Detmold

Sauter, Matthias/Ruiz, Marcelo (2007): Die Verstetigung der Sozialen Stadt. In: Soziale Stadtinfo 21. S. 2–5

vhw-Baurechtsforum 2013: Ausbau der Windenergie und Repowering

Donnerstag/Freitag, 18./19. April 2013 in Hamburg

Auf dem vhw-Baurechtsforum 2013 in Hamburg werden die Möglichkeiten des Ausbaus und der Steuerung von Windenergieanlagen im Außenbereich auf den verschiedenen Planungsebenen aufgezeigt und erläutert. Dazu gehören der Umgang mit den „harten“ und „weichen“ Tabuzonen und die Modelle des verbindlichen Repowering. Berücksichtigung finden hierbei auch die ersten Erfahrungen mit den durch die BauGB-Novelle 2011 eingeführten zusätzlichen Regelungen zur Windenergie in der Bauleitplanung (§§ 5 Abs. 2 b, 249 BauGB) sowie die neueste Rechtsprechung. Weiter werden aktuell aufgetretene Fragen der Zulässigkeit von Windenergieanlagen, wie Erschließung und Kleinwindenergieanlagen, behandelt. Neben den rechtlichen Grundlagen wird in diesem Baurechtsforum den planungspraktischen Erfahrungen beim Ausbau und dem Repowering von Windenergieanlagen auf den Ebenen der Landes- und Regionalplanung sowie der kommunalen Bauleitplanung breiter Raum eingeräumt. Schließlich steht die Frage, wie die Kommunen und deren Bürger in Form einer lokalen Wertschöpfung von der Windenergie profitieren können, auf dem Programm.

Ihre Referenten:

Thomas Aufleger, Dipl.-Geograph, Geschäftsführender Gesellschafter der NWP-Planungsgruppe mbH, Oldenburg

Univ.-Prof. Dr.-iur. Christian-W. Otto, Leiter des Fachgebiets Bau- und Planungsrecht an der Technischen Universität Berlin, Institut für Stadt- und Regionalplanung

Jens Palandt, Stv. Verbandsdirektor, Erster Verbandsrat und Leiter der Abteilung Regionalplanung beim Zweckverband Großraum Braunschweig

Claudia Riemenschneider, Referat Städtebau und Ortsplanung, Städtebaurecht im Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Prof. Dr. Wilhelm Söfker, Ministerialdirigent a. D., zuletzt Leiter der Unterabteilung Raumordnung und Baurecht im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Bonn, Honorarprofessor an der Universität Bonn

Thomas Tyczewski Rechtsanwalt, Fachanwalt für Verwaltungsrecht, Sozietät Wolter-Hoppenberg, Münster/Hamm

Joachim Wulf, Leiter des Fachbereichs Bauen und Planung der Stadt Wittmund

Veranstaltungsort:

Hotel Hafen Hamburg
Seewartenstr. 9, 20459 Hamburg
Telefon: 040/31113-0

Beginn: 18.4.13 10:00 Uhr, **Ende:** 18.4.13 17:30 Uhr

Beginn: 19.4.13 09:00 Uhr, **Ende:** 19.4.13 14:00 Uhr

Teilnahmegebühr:

550,00 Euro für Mitglieder des vhw
630,00 Euro für Nichtmitglieder

Anmeldung und weitere Informationen:

Telefon: 0511/984225-11 oder www.vhw.de